

Er ist eine der profilierten ost-deutschen Stimmen gegen politische Extremisten: der Magdeburger Bischof Gerhard Feige. Auch jetzt, vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, spricht der Kirchenmann Klartext. In seinem Büro mit Blick auf den Magdeburger Dom warnt er vor der AfD. Die vom Landesverfassungsschutz in Sachsen-Anhalt als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestufte Partei könnte dort am 6. September sogar die absolute Mehrheit holen. Nicht nur den Kirchen hat die Partei für diesen Fall den Kampf angesagt.

Herr Bischof Feige, Sie sind in der DDR aufgewachsen. Inwiefern hat Sie diese Erfahrung geprägt für die politischen Auseinandersetzungen heute?

Ich bin als katholischer Christ in einer kirchenfeindlichen Umgebung aufgewachsen. Das hieß für mich, gegen den Strom zu schwimmen. Ich war kein Bürgerrechtler, kein Widerstandskämpfer, kein Revolutionär, aber ich habe gelernt, Haltung zu zeigen. Ich war nicht bei den Pionieren, der Kinderorganisation der DDR, ich war auch nicht in der FDJ, bin nicht zur Jugendweihe gegangen und habe auch den Dienst an der Waffe abgelehnt. Damit war ich Außenseiter. Das hat mich natürlich geprägt.

Das klingt nach einer ganz eigenen Welt ...

Als Christen bildeten wir eine Art Parallelgesellschaft. Innerhalb dieser Kreise wusste man, mit wem man offen reden kann. Die kirchlichen Räume waren Schutzräume für das Menschliche und die Freiheit. In Erfurt wurde bei den Bis-tumswallfahrten am Ende immer ein Te-telegramm an den Papst geschickt. Das war für uns das Zeichen, dass wir zu einer größeren Gemeinschaft gehören, einer Weltkirche.

Zählten Sie einen Preis für diesen Sonderweg?

Ja. Aber der Kampf der DDR gegen die Kirchen war unterschiedlich stark. Besonders hart war es in den 50er und 60er Jahren. Da führte die Regierung die Jugendweihe ein – als Gegenstück zur Konfirmation und Firmung. Die Kirchen versuchten dagegen aufzubegehren, erfolglos. Das ging so weit, dass auf katholischer Seite Kinder, die zur Jugendweihe gingen, zunächst exkommuniziert wurden. Das wurde dann aber wieder zurückgenommen. Doch Christsein war in der DDR-Zeit mit einer bewussten Entscheidung verbunden. Manche hat das gestärkt, andere sind aus der Kirche verschwunden.

Sie wurden 1978 zum Priester geweiht. Gab es da keine Repressionen?

Als Priester hatten wir eine gewisse Narrenfreiheit. Repressionen trafen mehr die Laien. Öffentlich zu wirken, war nicht möglich. Manche wurden auch nicht zum Abitur zugelassen oder sie bekamen keinen Studienplatz und konnten keine berufliche Karriere machen. Diese Verwundungen wirken bis in die Gegenwart.

Fühlen Sie sich heute manchmal an die Zeit der Kirchenfeindschaft erinnert, oder kann man das nicht vergleichen?

In letzter Zeit frage ich mich schon manchmal, was es bedeuten würde, wenn es wieder solche Verhältnisse gäbe. Inzwischen ist es aber auch so schwieriger geworden, Christ zu sein und zu einer Kirche zu gehören. Das hatte ich nach 1989 nicht mehr erwartet. In der Zeit der Wende hatten Christen ein sehr positives Image. Sie waren überproportional in politischen Ämtern vertreten. Dann wurde der Gegenwind wieder schärfer, auch wegen der Missbrauchsaffäre. Doch so massiv wie jetzt war er nicht. Das hat heute eine neue Dimension.

Die AfD wendet sich massiv gegen die „Kirchensteuerkirchen“, manche Mitglieder geben sich selbst als „wahre Christen“ aus. Was missfällt Ihnen an dieser Form des Christentums?

Die AfD kann man nicht richtig fassen. Wie ein Chamäleon passt sie sich an die unterschiedlichen Regionen Deutschlands an. In Sachsen-Anhalt gibt sich die als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei kurioserweise einen christlichen Anstrich. Sie bezeichnet sich sogar als die „christlichste aller Parteien“ und greift Themen auf, die in konservativ-christlichen Kreisen durchaus Gehör finden, wie die Familienpolitik, verhalten auch das Thema Abtreibung. Uns spricht sie das Christsein ab und verunglimpft uns als „Komplizen der Altparteien-Diktatur“ und „der Queer-Transgender-Regenbogen-Ideologie“. Dabei geht es der AfD bei ihrer Familienpolitik vor allem um die Regenerierung des deutschen Volkes, weniger um die Menschen. Deren Würde hängt jedoch nicht von der Herkunft oder dem Geschlecht ab.

„In der DDR war ich Außenseiter“

Der Magdeburger Bischof Gerhard Feige spricht Klartext über die AfD. Und darüber, was bei deren Wahlsieg in Sachsen-Anhalt auf Gesellschaft und Kirchen zukommen könnte. *Von Elisabeth Zoll*



Der Magdeburger Bischof Gerhard Feige ist in einem repressiven Staat aufgewachsen. Kirchliche Räume waren für ihn Schutzräume für das Menschliche und die Freiheit. *Foto: Bistum Magdeburg*

Das heißt, es gibt fundamentale Unterschiede im Menschenbild
Ja. Die AfD hat nur Menschen im Blick, die deutsche Wurzeln haben. Und sie wendet sich gegen die Schwachen der Gesellschaft, auch gegen Behinderte. Sie ist gegen Inklusion in den Schulen, setzt ganz auf Leistung. Sozial Schwache haben nach einem Wahlsieg nichts von dieser Partei zu erwarten.

Und doch setzen viele von ihnen auf diese Partei. Warum?

Die AfD lebt von Krisen. Mit ihnen verbunden sind Verlustängste. Hier im Osten haben nach den Erschütterungen von 1989 einige wieder Boden unter den Füßen bekommen. Sie haben jetzt Angst, dass sie angesichts der weltweiten Krisen wieder den Kürzeren ziehen.

Was ignoriert oder versteht der Westen nicht?

Es war ein Trugschluss, dass sich nach der Wende der Osten relativ schnell dem Westen anpassen würde. Für die weiter bestehenden strukturellen Nachteile gibt es im Westen jedoch keine Empathie. Blühende Landschaften sind zwar gekommen, aber sie haben nicht unbedingt die Menschen in ihrem Innersten erreicht. Dann kam 2015 die Zuwanderung von Geflüchteten. Das hinterließ bei manchen das Gefühl, dass der Staat schwach ist und eben doch

nicht alles packt. Inzwischen hat sich das ins Gegenteil verkehrt. Seit Corona behaupten einige, dass sie in einem Überwachungsstaat und einer Meinungs-diktatur leben, empören sich, wenn jemand für Hetze oder Beleidigungen zur Verantwortung gezogen wird. Der heutige Staat wird mit der DDR gleichgesetzt und behauptet, alles würde einem vorgeschrieben werden.

Und was ist mit den neuen Freiheiten? Haben die keine Bedeutung mehr?

Mit der Wende kam vielleicht tatsächlich ein Freiheitsschock, wie es Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem gleichnamigen Buch beschreibt. Die Menschen wollten ein besseres Leben, aber wollten sie auch die Freiheit? Man empfand recht bald, dass die Freiheit grauer ist als der Traum von ihr. Denn mit der Freiheit kamen neue Begrenzungen – auch durch das fehlende Geld. Das hatte man nicht erwartet. Ebenso nicht, dass Freiheit anstrengend ist und mit Verantwortung zu tun hat. Manche überfordert diese Freiheit. Das führt dazu, sich eher wieder von der Demokratie verabschieden wollen.

Müsste sich eine Kirche in den politischen Auseinandersetzungen nicht neutral verhalten, wie es manche fordern?

Nein. Das Evangelium ist nicht unpolitisch. Es betrifft den Menschen in all sei-

nen Dimensionen. Christentum ist auch nichts für ein stilles Kämmerlein. Es bezieht sich auf das Zusammenleben von Menschen in allen Bereichen. Die Kirche soll sich zwar nicht in das politische Tagesgeschäft einmischen. Sie muss aber Stellung beziehen, wenn es um grundsätzliche Werte des Christentums geht.

Sie sind ein profiliertes Gesicht im Kampf gegen politische Extremismen. Sind Sie damit auch Zielscheibe von Schmähungen und Drohungen?

So direkt würde ich das nicht sagen. Manchmal geht mich die AfD zwar auch persönlich an, oder ich werde in Mails beleidigt. Aber ich stehe nicht im Dauerfeuer der Kritik.

Die AfD hat ihr Wahl-Programm für Sachsen-Anhalt veröffentlicht. Was käme konkret auf die Kirchen zu, wenn die rechtsextremistische Partei die Mehrheit im Landtag bekäme?

Das wird Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft haben und kulturkämpferische Züge annehmen. In Gefahr sind Bildung, Kunst, Sozialwesen und die Kirchen. Bei den Kirchen wollen sie die Staatsleistungen nach der Zahl der Gläubigen verteilen und Rechenschaftsberichte einfordern. Nicht mehr finanzieren wollen sie die Evangelische Akademie in Wittenberg, ebenso Sozialprogramme, die sich auf Geflüchtete und Migranten beziehen, beim Kirchenasyl wollen sie Gemeinden für längerfristig anfallende Kosten haftbar machen. Auch Kirchensteuern sind der Partei ein Dorn im Auge. Was das dann konkret für Kitas, Schulen, Beratungsdienste heißt, ist noch nicht absehbar.

Für das Bistum Magdeburg mit drei Prozent Katholiken wäre das vermutlich dramatisch.

Ja. Territorial sind wir das viertgrößte Bistum in Deutschland. Doch hier leben nur 68.000 Katholiken. Davon sind 10.000 ausländischer Herkunft. Unser Kirchensteu-eraufkommen ist aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Region geringer als anderswo. Nur 50 Prozent unseres Haushaltes werden davon gedeckt. 20 Prozent kommen aus Staatsleistungen hinzu, weitere 20 Prozent sind Strukturbeiträge anderer Diözesen. Bei diesen geringen Mitteln sind wir auf die Staatsleistungen angewiesen.

Und auf die Zuwendungen der Westkirchen. Erfahren Sie Solidarität?

Ja, man weiß, was bei uns auf dem Spiel steht, und lässt uns bestimmt nicht allein. Klar dürfte ja sein: Wer die katholische und die evangelische Kirche in Sachsen-Anhalt angreift, greift beide großen Kirchen in ganz Deutschland an.

Die katholische Kirche in Sachsen-Anhalt hat die Initiative „Bewusst wählen“ aus der Taufe gehoben. Was wollen Sie damit erreichen, und gelingt es Ihnen überhaupt noch, Menschen anzusprechen?

Wir wollen eine gewisse Orientierung geben und das Bewusstsein für diese Wahl schärfen. Mit der Initiative richten wir uns nicht explizit gegen eine Partei, sondern werben für Werte wie Menschenwürde, Nächstenliebe, Solidarität und Dialog, die in unseren Augen zentral sind für das Zusammenleben. Daraufhin sollten die Wähler die Parteiprogramme prüfen und nicht aus dem Bauch heraus ins Blaue hineinwählen.

Werden Sie gehört?

Wir haben da keine Illusion. Den harten Kern der AfD-Sympathisanten erreichen wir nicht. Aber zur Stärkung der eigenen Leute und als Orientierung für Unentschlossene ist die Initiative wichtig.

Was bestärkt Sie?

Das ist mein persönlicher Glaube, auch, dass die Zukunft nie festgelegt ist. Man kann etwas verändern. Die Kirche kann Menschen in allen Situationen Hoffnung geben. Davon bin ich überzeugt.

Bischof eines großen, aber armen Bistums

Gerhard Feige (74) wurde in Halle (Saale) geboren und studierte katholische Theologie in Erfurt. 1978 wurde er zum Priester geweiht. Nach seiner Promotion an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom erfolgte 1994 seine Berufung zum Professor für Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Ostkirchenkunde. Der Kirchenmann hat sich in den vergangenen Jahrzehnten für die Ökumene stark gemacht und setzt auch politisch Zeichen. Mit dem evangelischen Landesbischof Friedrich Kramer nahm er an einer Demonstration gegen Rechtsextremismus teil, zu der unter anderem die Kirchen aufgerufen hatten. Feige leitet seit 2005 das große, aber arme Bistum Magdeburg. Nur drei Prozent der Sachsen-Anhalter gehören zur katholischen Kirche.